

GASTBEITRAG

Tofu trifft Bratwurst

Die Degrowth-Bewegung braucht Verbände wie die Gewerkschaften. Dann ist ein Wandel möglich.

Von Peter Gerhardt und Jonas Daldrup



Wort geworden. Hier sollten die Wachstumskritikerinnen anknüpfen und mit den Umweltverbänden in einen Dialog treten. Diese bekommen innovative Impulse für ihre Kampagnenarbeit und könnten so federführend bei einer gesellschaftlichen Transformation sein. Mit ihrer Erfahrung und ihrem politischen Gewicht sind sie in der Lage, bislang eher akademisch geprägte Ideen aus der wachstumskritischen Debatte für die politische Praxis zugänglich zu machen.

Damit eine mögliche Wachstumswende kein Elitenprojekt bleibt, braucht es eine faire Ressourcenverteilung. Eine breitere gesellschaftliche Mehrheit wird nur dann einen grundsätzlichen Wandel akzeptieren, wenn es dabei gerecht zugeht. Was liegt also näher, als sich mit den etablierten Kräften für eine solidarische Welt – Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften – an einen Tisch zu setzen. Diese beißen sich schon lange die Zähne daran aus, die Gesellschaft gerechter zu machen. Wie sehr sie dabei in der Defensive sind, zeigt die zunehmende Ungleichheit bei den Einkommen.

Ein solcher Dialog ist aber leichter gesagt als getan, denn es gibt inhaltliche Unterschiede und Zielkonflikte. Die Gewerkschaften streiten in erster Linie für die Sicherung und bessere Bezahlung von Arbeit – und sind gegenüber Ideen zum Schrumpfen der Wirtschaft naturgemäß skeptisch

eingestellt. Außerdem kann ein Treffen zwischen Degrowth-Protagonisten und Gewerkschafterinnen durchaus den Charakter einer interkulturellen Begegnung haben. Tofu trifft auf Bratwurst, sozusagen. Diese Unterschiede gilt es auszuhalten, denn es gibt durchaus Anknüpfungspunkte, wie beim Thema Arbeitszeitverkürzung. Eine Idee, für die Gewerkschafterinnen früher gekämpft haben, und die auch in der Degrowth-Bewegung eine zentrale Rolle spielt.

Wie erfolgreich es sein kann, wenn soziale Bewegungen und etablierte Akteure gemeinsam den gesellschaftlichen Mainstream erreichen, zeigt die Anti-Atom-Bewegung. Die Aktivistinnen gegen die Castor-Transporte konnten sich der Solidarität größerer Teile der Bevölkerung sicher sein. Nur so war genug Dampf im Kessel, um nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima sogar Merkel zur Einsicht zu zwingen.

Das ist auch bei der Wachstumskritik möglich. Auch wenn das Thema komplex und die Aufgabe ungleich größer ist, berühren die Ideen von Degrowth Menschen bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Milchbauern oder Arbeiter im Kohlekraftwerk spüren längst, dass sie zukünftigen Problemen nicht mehr einfach davonwachsen können. Und dass ein neues Smartphone pro Jahr nicht reicht zum Glück, das wissen mittlerweile ebenfalls viele.

Wenn Degrowth mehr sein will als Gedankenlabor oder Sehnsuchtsort für junge linke Akademiker, dann führt kein Weg vorbei an konkreten Strategien zur Umsetzung. Gesucht sind Ideen, die auch für Menschen außerhalb des eigenen Milieus anschlussfähig sind, ebenso wie durchsetzungsfähige Partner. Mag sein, dass die eigene wachstumskritische Theorie dadurch einige Dellen bekommt, aber das ist die Sache wert. Denn auch hier gilt: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Peter Gerhardt ist Agraringenieur und Geschäftsführer von Denkhaus Bremen.

Jonas Daldrup ist Umweltwissenschaftler und arbeitet für Denkhaus Bremen.

Gemeinsam koordinieren sie den Dialog Degrowth, ein Gesprächsforum für wachstumskritische Akteure und Umweltverbände.

Deutschland ist ein verunsichertes Land. Ein geteiltes Land. Refugee welcome und Pegida stehen sich unversöhnlich gegenüber. Die gute alte Soziale Marktwirtschaft hat sich einfach aus dem Staub gemacht. Der Schatten der Globalisierung reicht bis vor die eigene Haustür. Das Vertrauen in die Demokratie und etablierte Parteien ist im Sinkflug – und das, obwohl die wirtschaftlichen Kennzahlen kaum besser sein könnten. Selbst im Boomland Baden-Württemberg fahren CDU und SPD zusammen nicht mal mehr 40 Prozent der Stimmen ein. Und im Hintergrund gehen Artensterben und Klimakatastrophe einfach munter weiter: 2016 ist, wie schon die Jahre zuvor, auf dem besten Wege, den nächsten globalen Hitzerekord zu knacken.

„So kann es nicht weitergehen!“ Diese Analyse teilt die Degrowth-Bewegung mit anderen progressiven Kräften. Die junge Szene versucht, Demokratie und Gerechtigkeit mit der Umweltkrise zusammenzudenken. Unsere wachstumsfixierte Wirtschaft wird zu Recht in Frage gestellt. Sie sprengt die ökologischen Grenzen des Planeten und wird die Zukunftskrisen nicht lösen können. Allerdings sind alle alternativen Wirtschaftskonzepte zahnlos, solange realistische Optionen zu ihrer Umsetzung fehlen. Jenseits von Repair Cafés und urbanen Gärten müssen machbare Ansätze auf der Systemebene für die politische Arena gefunden werden. Sonst droht eine dringend benötigte Debatte an der Realität vorbeizugehen. Deshalb müssen neue Verbündete her.

So wie die Umweltorganisationen. BUND, Greenpeace, Nabu, WWF und andere sind mitgliederstark, arbeiten höchst professionell und gelten als gesellschaftlich etablierte politische Akteure. Auch bei den Ökoverbänden hat sich längst herumgesprochen, dass viele Kampagnenerfolge durch ständiges Wirtschaftswachstum schlicht wieder aufgefressen werden und sich stattdessen auch grundsätzlich etwas ändern muss. Zwar kann man im Rhein heute wieder baden gehen, dafür verkommen aber viele Gewässer im globalen Süden für unseren Turbokonsum zur Kloake. „Winning the campaign, but losing the planet“ ist in Fachkreisen zum geflügelten